

WIDERSTAND

neue Marktordnung
NEIN DANKE

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Kundinnen und Kunden !

**In der Nordzeile sind 4 Stände unmittelbar vom
ENTZUG DER STANDORTERLAUBNIS betroffen !!!!**

Als langjährig treue Verbündete des Bauern- und Produzentenmarktes am Yppenplatz wenden wir uns an euch. Bitte unterstützt uns. Ihr seid unsere letzte Hoffnung, unsere einzige Macht, mit der wir die Zerschlagung des Marktes und unserer Existenzen noch verhindern können.

Zitat aus dem Parteiprogramm der SPÖ:

„(7) Die österreichische Sozialdemokratie ist eine Partei der Reformen und der Veränderung zum Wohle der Menschen. (8)... Unsere Grundwerte - Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität - haben in Zeiten rapiden gesellschaftlichen Wandels besondere Bedeutung.“

Wie lässt sich das mit Ihrer Unterschrift auf der neuen Marktordnung verbinden, Frau Sima?

Damit verordnen Sie unzähligen Bauern, Bäuerinnen und Kleingewerbetreibenden eine zusätzliche Wochenarbeitszeit von mindestens 20 Stunden, die es hineinzupressen gilt in einen ohnehin schon dichten Arbeitsablauf. Noch dazu, wo keine reale Chance besteht diese Zusatzkosten durch reale Umsätze auch hereinzubringen.

Wir Standler_innen am Yppenmarkt sind schon sehr lange eine Solidargemeinschaft. Werte, wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind für uns immer schon selbstverständlich, und werden auch gelebt. Genau diese Haltung prägt das Bild des Marktes seit Jahren. Ein kreatives und tolerantes Verschmelzen verschiedenster Kulturen, das international beispielgebend ausstrahlt und anzieht. Sie selbst nutzen diesen Effekt immer wieder für publikumswirksame Auftritte.

Wie können Sie vor diesem Hintergrund unsere Zeitsouveränität und unsere Eigenverantwortung dem Markt gegenüber derart in Frage stellen und unter Androhung des Entzugs der Existenzgrundlage unseren Kleinunternehmen ganz klare Verluste vorschreiben?

Wir erlauben Ihnen diesen Zeitraub nicht. Das ist ein massiver Grundrechtsverstoß.

Wollen Sie etwa zurückkehren in eine Zeit politisch verordneter Zwangsarbeit?

Liebe Frau Sima, sollte das wirklich Ihr Anliegen sein, dann sind Sie in der falschen Partei gelandet.

Rüdiger Maresch steht für Umweltschutz in Wien / (Parkpickerl, Feinstaubproblematik, Verkehrsvermeidung, Fahrradfahren).

Der erste Satz auf seiner homepage steht im krassen Gegensatz zu seinem Tun:

„WIR GRÜNEN HABEN DIE KRAFT, UM KLIMASCHUTZ UND UMWERTEILUNG DURCHZUSETZEN“

Mit seiner Unterschrift auf der neuen Verordnung nimmt er bewusst eine nicht unwesentliche zusätzliche Verkehrsbelastung für Wien und Umgebung in Kauf: Alleine in der Nordzeile (3 Bauern und 1 regionaler Gewerbebetrieb) entstehen durch An- und Abfahrten zu den neu verordneten Kernöffnungszeiten täglich ca. 350 km zusätzliches Verkehrsaufkommen. (Die Ermittlung der jährlich entstehenden zusätzlichen Gesamtkilometer dieser Verordnung wäre ein schönes Thema für eine Diplomarbeit.) Im Angesicht des weltweiten Klimawandels torpediert er mit seiner Unterschrift die Abmachungen einer verantwortungsbewussten Klimapolitik. Und die bewirkte Umverteilung geht mit Sicherheit nicht in jene Richtung, die sein Parteiprogramm impliziert.

Neu für uns Standler_innen ist auch das Tempo und die Qualität in der behördlichen Umsetzung:

Die Verordnung wurde mit 1. Oktober 2018 rechtswirksam.

Am 16. Oktober 2018 wurden bereits die ersten Enteignungsandrohungen amtlicherseits an die Standler_innen verteilt.

Dieses Vorgehen nährt in uns einen schrecklichen Verdacht:

Wir sehen uns als Opfer eines klassischen Bauernschachs, mit dem eine Strukturbereinigung auf allen Wiener Märkten durchgeführt wird, mit dem „Krisenmärkte“ in Wien bestandsfrei gemacht werden und die freiwerdenden Flächen höchst gewinnbringend an Immobilieninvestoren weitergegeben werden können.

Wir fordern:

Eine sofortige Änderung der Behördenstrategie.

Wir lassen uns diese beleidigende und existenzbedrohende Behandlung nicht länger gefallen!

Verlagerung der Entscheidungshoheit über die Kernöffnungszeiten (oder die Entscheidung über Ausnahmen) auf die Bezirksebene.

Bezirksvorsteher Franz Prokopp kennt den Markt seit langen Jahren im Detail, genauso ist er vielen Standlern auch persönlich bekannt, als Kunde, und als häufiger Besucher. Er hat die Entwicklung des Marktes immer unterstützt und kennt die Härtefälle genau.

Das gleiche gilt für die Beamten des zuständigen Marktamtes. Der vorherrschende Ton ist hier ein kollegialer Dialog, der konstruktiv wirkt, der auch beiträgt, Strafmaßnahmen weitgehend zu vermeiden.

Diese Tatsachen sind die Grundlage für unser gegenseitiges Vertrauen.

Damit wäre auch insgesamt ein differenzierteres Vorgehen möglich.

Man kann doch nicht einfach einen Kübel kalten Wassers über die Wiener Märkte schütten, und glauben, dass damit alle Probleme gelöst sind.

Ich zeichne im Namen aller KollegInnen, für die eine Erfüllung der neuen Marktordnung wirtschaftlich und zeitlich nicht möglich ist und keinen Sinn macht.

Thomas Anderl

Marktsprecher des Bauern- und Produzentenmarktes am Yppenmarkt.

